

Ein Kämpfer für die nationale Einheit

Von Jürgen Theil

Die im Mai 1848 gegründete Frankfurter Nationalversammlung war der Vorläufer des heutigen Bundestages. Ein scharfsinniger Politiker aus Prenzlau prägte dieses Gremium. Im Volk war er aus mehreren Gründen beliebt.

PRENZLAU. Den Grundstein für unsere heutige demokratische Ordnung bildete ein Ereignis, das nun 170 Jahre zurückliegt. Am 18. März 1848 begann in Berlin eine Bürgerliche Revolution. Bundespräsident Roman Herzog betonte in einer 1998 gehaltenen Festrede: „1848 gibt uns das Recht, mit Selbstbewusstsein zu sagen: Die demokratische Idee, die Ideen der Freiheit, der Menschen- und Bürgerrechte sind ein Teil der deutschen Tradition – auch wenn sie sich erst später wirklich durchgesetzt haben.“

Einer der Pioniere der Bewegung stammt aus Prenzlau: Carl Friedrich Grabow. An ihn erinnern Straßennamen in Prenzlau und Eberswalde, eine Prenzlauer Schule und ein Denkmal im Stadtpark. Seine politische Karriere begann, als er 1837 zum Bürgermeister gewählt wurde. Damit nahm er von 1841 bis 1847 auch an den Kreis- und Provinziallandtagen teil, wo er sich in der kommunalpolitischen Arbeit profilieren konnte. Grabow sorgte für frischen Wind. So wurden seit August 1846 Tagesordnung und Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung in der Zeitung veröffentlicht. Ein Jahr später fand in Prenzlau die erste öffentliche Stadtverordnetenversammlung in Preußen statt, zu der man den Rathaussaal für etwa 100 Personen umbaute. Andere Städte der Uckermark folgten dem Beispiel schrittweise. Selbst in Berlin gab es die erste öffentliche Stadtverordnetenversammlung erst 1847.

Uckermärkische Stadt voller Misstrauen und Not

Die freisinnige Haltung Grabows und seine Proteste gegen restriktive Maßnahmen der Regierung führten dazu, dass ihm der König im April 1849 die Genehmigung seiner Wahl zum Oberbürgermeister von Magdeburg versagte. Als ihn die Stadt Prenzlau abermals auf zwölf Jahre wählte, ließ die Bestätigung neun Monate auf sich warten.

Im Februar 1848 brach in Paris eine Bürgerliche Revolution aus, die Europa erfasste. Einen ersten tragischen Höhepunkt der Ereignisse in Preußen brachte der 18. März, als preußisches Militär auf eine Volksmenge schoss. Auch in Prenzlau war die Lage in jenen Märztagen äußerst gespannt. Arbeitslosigkeit und Misstrauen waren groß. Die Zahl der in die Prenzlauer Landarmenanstalt Eingelieferten, die ein besonderes Unruhepotenzial darstellten, war 1848 sprunghaft gestiegen. Nachdem es in Prenzlau am 24. März zu



Der Demokrat Carl Friedrich Grabow (1802-1874) war 36 Jahre lang Bürgermeister von Prenzlau. REPROS (2); ARCHIV JÜRGEN THEIL



Eine historische Ansicht der nach Grabow benannten Straße. Im Prenzlauer Stadtpark ist ein Denkmal des Politikers zu finden.

tumultartigen Auseinandersetzungen kam, die von der Bürgerwehr unterdrückt werden mussten, verhängte der Magistrat ein abendliches Ausgehverbot. Eine bewaffnete Bürgerwehr patrouillierte durch Prenzlau's Straßen. Schützenvereinsmitglieder hatten sich mit ihren Waffen am Rathaus zu versammeln. Die Angst vor einer weiteren Radikalisierung der Revolution war offenbar auch in mittelgroßen Provinzstädten, zu denen damals Prenzlau mit knapp 13.000 Einwohnern zählte, vorhanden.

Wenige Tage später schrieben die Prenzlauer einen offenen Brief an die Regierung. Auch Grabow hatte ihn unterschrieben. Sie würden, bekundeten sie, „festhalten an dem wahren konstitutionellen Königtum, an der Preßfreiheit und an der allgemeinen deutschen Bundesrepräsentation und betrachten dies als unveräußerliche Ererungenschaften der vergangenen Zeiten.“ Sie würden „ihr Gut und Blut dafür hingeben, dass jetzt Ruhe und Ordnung erhalten und das konstitutionelle Königtum in aller Weise gestärkt werde.“

Grabow wurde für Prenzlau zur wichtigen Integrationsfigur der politischen

Tätigkeit. In den Presseberichten wird deutlich, dass ihm uneingeschränktes Vertrauen und Respekt entgegengebracht wurden. Er war das politische Gewissen der Stadt und zeigte den Bürgern einen mit Anstand gangbaren Mittelweg zwischen „Reaktion“ und „Anarchie“.

In der „Neuen Deutschen Biographie“ von 1964 wird er als einer der „hervorragendsten Vertreter der freisinnigen Partei“ im preußischen Vereinigten Landtag beschrieben, der „als geschickter Partner in der Verhandlung und als glänzender Redner“ galt. So hatte er maßgeblich Anteil an der Abfassung des Wahlgesetzes.

Seine Art beeindruckte auch politische Gegner

Am 1. Mai 1848 fanden die Urwahlen statt. Carl Friedrich Grabow zog in die am 22. Mai eröffnete preußische Nationalversammlung ein, in der die links gerichtete Mitte und die Linke den Royalisten deutlich überlegen waren. Er wurde im Juni ihr Präsident. Mit unbeugsamer Energie, Scharfsinn, Takt und Umsicht verschaffte er sich auch bei seinen politischen Gegnern Ansehen. Nachdem es Ende Oktober zu ernsthaften

Tumulten dort kam, legte Grabow Vorsitz und Mandat nieder. Im November wurde über Berlin der Belagerungszustand verhängt. Die preußische Nationalversammlung wurde am 5. Dezember für aufgelöst erklärt.

Gegen die zugleich vom König oktroyierte Verfassung erhob Grabow von Prenzlau aus scharfen Protest. Er bezeichnete den einseitigen Erlass eines Wahlgesetzes als Verfassungsbruch. Trotzdem zögerte er nicht, seine Wahl in die zweite Kammer des Landtages anzunehmen, worauf es in Prenzlau zu einer großen Sympathiekundgebung kam. 300 Fackelträger und Tausende Begleiter zogen zum Wohnhaus des Oberbürgermeisters. Er hielt eine Rede. Im Februar 1849 wählte man ihn dann zum Präsidenten der zweiten Kammer. Doch diese überwiegend monarchisch-konstitutionell ausgerichtete Kammer wurde schon im April 1849 wieder aufgelöst. Dagegen und über die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes protestierte Grabow abermals.

Blick in die Zukunft zeigt Grabows Gesinnung

Der im März 1849 gegründete „Uckermärkische Volksverein“ setzte sich mit Nachdruck für die Wiedereinführung des allgemeinen Wahlrechts ein. Auch Grabows Worte gewannen an Schärfe. So berichtet er von einer öffentlichen Trauerfeier für die Märzgefallenen 1848. „Prenzlau's wackere Bewohner werden nun wohl den 18. März in jedem Jahre ernst und würdig zu feiern wissen, weil dieser Tag als Markstein der Neuzeit für Preußens Geschichte immerhin fest und unverrückt stehen bleibt.“

Landrat von Stülpnagel-Dargitz hatte kein Verständnis: „Mit Leidwesen muß ich es bekennen, dieser Mann, den ich früher für gut und edel politisch gehalten habe, ist jetzt völlig der demokratischen Partei verfallen und hat sich nicht zurückhalten können, in der Stadtverordnetenversammlung das Wahlgesetz öffentlich zu tadeln und zu erklären, daß die Regierung dabei im Unrechte sei.“

Die Nationalversammlung tagte noch bis Juni 1849. Die Bürgerliche Revolution, die von preußischen Truppen niedergeschlagen wurde, endete im Sommer 1849. Der Prenzlauer Adolf Stahr meinte in seinen Erinnerungen, dass kein Volk mehr darauf vorbereitet war, „seine Freiheit als Gnadengeschenk eines Fürsten hinzunehmen“. Kein Volk habe die Revolution weniger gewollt, als das preußische. Erst der monarchische Hochmut habe zu Handlungen gezwungen, „die man von Herzen verabscheute“.

Heute genießen wir die Vorzüge der demokratischen Grundordnung, sie erscheinen uns selbstverständlich. Doch sie sind es nicht, wie uns die Geschichte lehrt. Deshalb sollten wir für die Werte kämpfen, für die vor 170 Jahren die Grundlagen geschaffen wurden.